

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 11 (1970)  
**Heft:** 24

**Artikel:** Die "Initiativgruppe" erklärt sich : nach vergeblichen Appellen an die UNO-Menschenrechtskommission : ein offener Brief aus der unterdrückten sowjetischen Opposition

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092647>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Nach vergeblichen Appellen an die UNO-Menschenrechtskommission

# Die «Initiativgruppe» erklärt sich

Ein offener Brief aus der unterdrückten sowjetischen Opposition

Am 30. Juli 1969 hatten wir den Brief veröffentlicht, den die «Initiativgruppe» zur Verteidigung der Bürgerrechte in der UdSSR, versehen mit den vollen Namen der Mitglieder und weiterer Unterzeichner, an die UNO-Menschenrechtskommission gerichtet hatte, um sie auf die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion aufmerksam zu machen. Heute berichten wir über das weitere Schicksal dieses Unternehmens, und zwar anhand eines offenen Briefes, mit welchem die immer noch bestehende, wenn auch durch die Repressalien stark dezimierte «Initiativgruppe» Rechenschaft über ihr Tun ablegt und erklärt, warum sie weiterhin öffent-

lich protestieren will, solange es ihr möglich ist. Der Text wurde im Mai dieses Jahres verfasst und zirkulierte dann, in Abschriften verbreitet, in der Sowjetunion. Im Westen kam in der Folge das «Kuratorium Geistige Freiheit», Bern, in den Besitz eines Exemplars. Der russische Wortlaut wurde im November in der Frankfurter Zeitschrift «Possev» veröffentlicht. Die deutschsprachigen Rechte liegen beim «Kuratorium Geistige Freiheit», welches Informationen über die oppositionellen Kräfte in der UdSSR zu erhalten und zu verbreiten sucht.

Die im offenen Brief geschilderte weitere Geschichte jener Eingabe an die UNO-Menschenrechtskommission hat ihre überraschenden Aspekte. Nicht zu ihnen gehört allerdings das Verhalten des Adressaten. Die Menschenrechtskommission hat, wie die Unterzeichner anführen, auf ihr erstes Schreiben so wenig reagiert wie auf weitere Eingaben mit zusätzlichen Informationen. Wir hatten damals von den Mitgliedern der «Initiativgruppe» geschrieben: «Vielleicht wissen sie sogar, dass ihre Klagen bei der Weltorganisation vergeblich sein werden, weil man dort gegen die Missachtung der Menschenrechte in der UdSSR nichts unternehmen kann und nichts unternehmen will.» Nun, vielleicht wussten sie es damals nicht, diese Sowjetbürger, die ihre Einlieferung in Gefängnis, Lager oder Irrenhaus riskierten (an der Hälfte der damaligen Gruppe ging dieses Schicksal inzwischen in Erfüllung), nur um mit ihrem Zeugnis bis zur sozusagen zuständigen Instanz der Welt gelangen zu können. Aber jetzt, da es ihnen klageworden sein muss, hört man von ihnen keine Vorwürfe, sondern nur den Vorsatz, solange es geht, ihre Aussage für jene zu machen, die sie vernehmen können und wollen, innerhalb und ausserhalb der Sowjetunion.

Die überraschenden Aspekte im Falle dieser «Initiativgruppe» betreffen einerseits die Tatsache, dass noch nicht alle ihre Angehörigen in polizeilichen oder psychiatrischen Gewahrsam genommen worden sind, andererseits auch die Tatsache, dass die Kriterien, nach welchen der KGB Verhaftungen vornimmt oder unterlässt, erratisch wirken. Zu den Unterzeichnern des neuen Textes gehört der Historiker Jakir. Er ist dafür bekannt, dass er auch ausserhalb dieser Gruppe jede Gelegenheit ergreift, sich mit öffentlichen Protesten zu exponieren, und vor allem hat er sich zusammen mit Amalrik und Bukowskij jenem (auch in der Schweiz ausgestrahlten) amerikanischen Fernsehinterview gestellt, welches diesen Sommer gerade wegen seines unverhüllt oppositionellen Gedankengutes Aufsehen erregte. Jakir befindet sich noch auf freiem Fusse, während Amalrik und Bukowskij so gut wie relativ unbekannte Angehörige der «Initiativgruppe» und seinerzeitige Mitunterzeichner polizeilich «unschädlich» gemacht wurden.

Die acht Unterzeichner des offenen Briefes zählen sechs Mitglieder ihrer ursprünglichen Gruppe aus fünfzehn Personen auf, die inzwischen Opfer der Repressalien wurden. Es fehlt der Name des Uebersetzers Ju. Malzew (vielleicht durch eine versehentliche Auslassung beim herausgekommenen «Samisdat»-Exemplar), von dem man aber

anderweitig weiss, dass er verhaftet wurde. Ueber den Fall der ins Irrenhaus eingelieferten Natalja Gorbanewskaja hatten wir seinerzeit (ZB, Nr. 19/1970) im Detail berichtet.

So bemerkenswert es ist, dass die «Initiativgruppe» immer noch besteht, so ernstlich besteht offensichtlich die Aussicht, dass ihre restlichen

Angehörigen doch noch hinter Gitter, Stacheldraht oder gummierte Wände kommen. Der UNO-Kommission für Menschenrechte würden so weitere Belästigungen durch diese Leute erspart.

Wir aber wollen jetzt diese Leute trotzdem zu Wort kommen lassen:

## Offener Brief

Ein Jahr ist vergangen seit dem ersten Appell der Initiativgruppe zur Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR an die UNO. In diesem Appell haben wir die Kommission für Menschenrechte der UNO über die Verletzung der Bürgerrechte in unserem Land informiert. Später haben wir noch einige Schreiben an die UNO gerichtet, in welchen wir über neue Fälle dieser Art berichtet haben, darunter auch über die Repressivmassnahmen gegen die Initiativgruppe.

Nachdem unsere Briefe der breiten Öffentlichkeit bekannt wurden, riefen sie eine Reihe von Fragen hervor: Was ist die Initiativgruppe? Welche Ziele verfolgt sie: Warum handelt sie so und nicht anders?

Wir wollen nun versuchen, diese Fragen zu beantworten.

\*

Die Bezeichnung «Initiativgruppe» wurde erstmals im Zusammenhang mit unserem Schreiben an die UNO verwendet, kurz nach der Verhaftung von P. G. Grigorenko und I. Gabaj. Unser Aufruf wurde damals von 35 Personen unterstützt, aber wir, die Initianten und Verfasser des Schreibens, setzten als erste unsere Unterschriften unter dieses Schreiben, getrennt von den Personen, die sich uns angeschlossen hatten. Wir nannten uns Initiativgruppe, um damit zu betonen, dass wir selbst in erster Linie die Verantwortung für den Appell tragen.

Heute sind von den 15 Personen, welche die Initiativgruppe bildeten, folgende Mitglieder verhaftet worden: G. Altunjan, W. Borisow, N. Gorbanewskaja, M. Dschemilew, W. Krasin, A. Krasnow-Lewitin.

Von den 35 Personen, die sich uns angeschlossen hatten, sind folgende verhaftet worden: W. Gerschuni, A. Lewin, P. Nedobora und W. Ponomarew.

Mit dem Erscheinen der Bezeichnung «Initiativgruppe» wurde die Frage noch nicht entschieden,

ob diese Gruppe eine einmalige Vereinigung sei, verbunden mit dem betreffenden Appell an die UNO, oder ob sie weiterexistieren solle.

Die Verurteilung von A. Martschenko, Verfasser des Buches «Meine Aussagen», der sich im Straflager befand, zu einer neuen Strafe hat uns bewogen, ein zweites Schreiben an die UNO zu richten. Dieses Schreiben war mit «Initiativgruppe» unterzeichnet. Damit wurde die weitere Existenz der Gruppe zur Tatsache.

Das Ziel der Gruppe ist in ihrem Namen enthalten: Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR.

Mit der Bezeichnung Initiativgruppe verfolgten wir auch das Ziel, aus eigenem Willen unser Recht auf eine freie Vereinigung zu bestätigen. Dies entspricht der Menschenrechtskonvention, die von der UNO angenommen und von der Sowjetunion befürwortet wurde und die der Verfassung der UdSSR nicht widerspricht.

Die Initiativgruppe hat weder ein Programm noch Statuten noch irgendeine Organisationsstruktur. Wir sind durch keine formellen Verpflichtungen gebunden. Jeder von uns kann auf die Beteiligung bei der Abfassung und Unterzeichnung eines gegebenen Dokumentes der Initiativgruppe verzichten. Jeder ist völlig frei, wenn er in seinem eigenen Namen spricht oder handelt. Jeder von uns kann jederzeit aus der Gruppe austreten. Die ganze Gruppe beschliesst die Frage ihrer Ergänzung. Bis jetzt hielten wir eine Erweiterung der Gruppe nicht für nötig.

\*

Die Initiativgruppe setzt sich aus Personen zusammen, die durch eine gewisse Gemeinsamkeit der Ansichten verbunden sind. Uns alle — Gläubige und Atheisten, Optimisten und Skeptiker, Menschen mit kommunistischen und nichtkommunistischen Ansichten — verbindet das Gefühl der persönlichen Verantwortung für alles, was in unserem Land geschieht, und die Ueberzeu-

gung, dass die Anerkennung des absoluten Wertes der menschlichen Persönlichkeit die Grundlage des normalen Lebens einer Gesellschaft bildet. Daraus resultiert unsere Bemühung, die Menschenrechte zu verteidigen. Wir verstehen den sozialen Fortschritt in erster Linie als einen Fortschritt der Freiheit.

Uns verbindet auch die Absicht, offen zu handeln, ganz im Geiste der Rechtsordnung, unabhängig davon, wie wir uns innerlich zu den einzelnen Gesetzen verhalten.

Gestützt auf die Menschenrechtskonvention und auf die Gesetze unseres Staates sind wir der Meinung, dass jeder das Recht hat, verschiedene politische Forderungen aufzustellen. Die Initiativegruppe selbst befasst sich nicht mit Politik. Wir machen keine konkreten Vorschläge auf dem Gebiet der Staatsverwaltung; wir sagen nur: Verletzt eure eigenen Gesetze nicht. Wir haben keine eigene Politik, aber wir weigern uns, die repressive Politik gegen Andersdenkende zu akzeptieren. Der Widerstand gegen Gesetzlosigkeit und Willkür, das ist die Aufgabe der Initiativegruppe.

Die Initiativegruppe ist nicht der Meinung, dass sie durch ihre Kritik an den Handlungen der Behörden gegen den Staat aufträte. Den Staat bei seinen Eingriffen in die Menschenrechte in die Schranken zu weisen ist notwendig und nicht gegen den Staat gerichtet, wie denn auch das Verbot der Tötung und der Gewaltanwendung gegenüber den Menschen keine Verletzung der Menschenrechte darstellt.

Die Bezeichnung unserer Tätigkeit als antisowjetisch ist gleichbedeutend der Behauptung, dass

die Verletzung der Menschenrechte dem Wesen des Sowjetsystems entspricht.

\*

Es gibt Menschen, die zwar die bei uns vorkommenden Gesetzlosigkeiten verurteilen, gleichzeitig aber auch die offene Stellungnahme gegen diese Gesetzlosigkeiten verwerfen, weil sie der Ansicht sind, dass Proteste nur die Behörden verbittern und verstärkte Repressalien zur Folge haben.

Wir möchten daran erinnern, dass die schlimmsten Massenrepressalien in unserem Land von den Behörden zu jener Zeit praktiziert wurden, als noch niemand die Obrigkeit mit Protesten «verbitterte».

In Wirklichkeit entsteht die für die Repressionen günstige Situation dann, wenn wir uns nicht widersetzen, wenn wir jene erniedrigende Ergebnisse zeigen, durch die wir die Verletzung unserer Rechte innerlich sanktionieren. Die Stummheit fördert das Böse und verdirbt die Menschen, indem sie Heuchelei und Zynismus fördert. Die Gesellschaft braucht Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit verhindert den Extremismus und die Gewalt von oben und von unten.

\*

Es ist bei uns üblich, jenen Vorwürfe zu machen, die sich an das Ausland wenden. Dies untergräbt angeblich das Ansehen des Vaterlandes. Das Ansehen des Landes wird aber nicht durch die Enthüllungen untergraben, sondern durch die Taten, die enthüllt werden müssen. Leider gibt es keine

andere Möglichkeit, die Verletzung von Gesetz und Recht, wie sie in der UdSSR stattfindet, der Öffentlichkeit bekanntzugeben, als das Ausland zu informieren. Von dort erreicht die Information, wenn auch in beschränktem Umfang, einen Teil sowjetischer Bürger. Ausserdem ist nicht ausgeschlossen, dass unsere Führung manchmal, wenigstens ein wenig, auf die ausländische öffentliche Meinung Rücksicht nehmen könnte.

Eigentlich hat die Initiativegruppe bis jetzt nicht einfach an das Ausland appelliert, sondern an die UNO, an die internationale Organisation, der auch die Sowjetunion angehört. Die UNO ist die repräsentativste Organisation, die berufen ist, allgemein menschliche Interessen zu schützen. Die Verteidigung der Menschenrechte in jedem Land kann für andere Menschen nicht gleichgültig sein. Dies betrifft alle Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität und von den Staatsgrenzen.

Man sagt uns: Warum wendet ihr euch an die UNO und nicht an die eigene Regierung? Es war nicht die Initiativegruppe, welche die Frage der Verletzung der Menschenrechte in der UdSSR aufgeworfen hat. In den letzten Jahren haben einzelne Bürger und Gruppen von Personen Hunderte, wenn nicht Tausende von Eingaben an alle Instanzen von Partei, Regierung und Gesellschaft gemacht, in welchen die Willkür verurteilt wurde. Alles umsonst.

Wir sind keineswegs der Meinung, dass unsere Eingaben an die UNO die beste Methode darstellen oder dass dies die einzig mögliche Handlungsweise ist. Wir versuchen etwas zu tun. In

(Fortsetzung auf Seite 4)

In nunmehr acht Jahrgängen hat die Zeitschrift vergleichende Studien zur deutschen Gegenwart vorgelegt. Mit ihren Beiträgen zur Klärung der politischen Begriffswelt beider Systeme in Deutschland haben die DEUTSCHEN STUDIEN einen Leserkreis gewonnen, der nach gründlicher Information verlangt und sich mit dem Gebrauch unüberprüfter Vokabeln nicht zufriedengibt.

Die DEUTSCHEN STUDIEN bringen Aufsätze, Berichte, Dokumentationen, einen umfangreichen Literaturteil und Erstübersetzungen aus polnischer, tschechischer, lettischer u. a. Dichtung der Gegenwart.

#### Aus den Themen des Jahrgangs:

Realität als Illusion: Von der Nützlichkeit richtiger Begriffe — Die deutsche Gegenwartssprache in West und Ost — Wissenschaft und Forschung im anderen Teil Deutschlands: Die sozialistische Hochschulreform — Publizistik und Gesellschaft — Massenmedien im Lichte der Semiotik — Beiträge zur Kulturkommunikation in Mittel- und Osteuropa — Die DDR und ihre Sorben — Ketzer, Konvertiten und Kritiker: Zum Bilde der Exkommunisten — Das russische Sendungsbewusstsein und die Idee der Weltrevolution.

#### Aus Heft 32 (November 1970):

Zum Problem der Nachrichten- und Kommunikationspolitik im Sozialismus — Die deutsche Friedensforschung und das Ost-West-Verhältnis — Literatur zwischen Klassenkampf und Staatsapologie: Zum 70. Geburtstag von Anna Seghers — Der XIII. Internationale Historikerkongress in Moskau.

Chefredaktion: Dr. Karl Heinz Gehrman, Ost-Akademie, Lüneburg  
Preis des Einzelheftes 5,30 DM, Jahresabonnement 18,- DM, Zweijahresabonnement 32,- DM, zuzüglich Zustellgebühr. Probehefte werden kostenlos zugesandt.

## deutsche studien

Vierteljahresshefte für  
vergleichende Gegenwartskunde

# CARL SCHÜNEMANN VERLAG BREMEN

# Die politische Meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

Mit Heft 133 (November/Dezember 1970) beginnt am Ende des 15. Jahrgangs im neuen graphischen Gewand ein neuer Abschnitt der bekannten «Zeitschrift für Diskussionen».

## Aus Heft 133:

Alfred Müller-Armack

Otto B. Roegele

Franz Nuscheler/Winfried Steffani

Rüdiger Altmann

Hans Maier

Friedrich H. Tenbruck

**Ist die Inflation unser Schicksal?**

**Mehr und besser informieren**

**Opposition als Alternativregierung**

**Die Wandlung der Union**

**Die andere Bildungskatastrophe**

**Im Irrgarten der Soziologen**

Umfang 108 Seiten

Preis DM 4.—

Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Eichholz-Verlag GmbH Bonn**

D - 53 Bonn — Postfach 458

## Offener Brief

(Fortsetzung von Seite 3)

einer Lage, in welcher unserer Meinung nach Nichtstun unzulässig ist. Die Initiativegruppe ist von der Zweckmässigkeit verschiedener Aktionen seitens vieler Personen ebenso überzeugt wie von der Nutzlosigkeit der Untätigkeit.

\*

Es wurde uns empfohlen, nicht nur zur Verteidigung der Sowjetbürger aufzutreten, sondern auch aller jener, deren Rechte in Griechenland, Spanien, Rhodesien, der Südafrikanischen Union usw. verletzt werden.

Wir sympathisieren mit allen Unterdrückten. Aber das, was in unserem Land geschieht, berührt uns natürlich stärker; dafür sind wir direkt verantwortlich. Wenn bei uns eine offizielle Kampagne gegen die Willkür der griechischen oder rhodesischen Regierung durchgeführt wird, so wird dieser Willkür die tadellose sowjetische Wirklichkeit gegenübergestellt. Die Polizeiregi-

mes anderer Länder werden entlarvt, um das eigene — angeblich wahrhaftig demokratische — Regime zu verherrlichen. Unsere Kameraden sind wegen ihrer Ueberzeugungen in Gefängnissen und Straflagern eingesperrt, und jene, die sie dort festhalten, entrüsten sich lautstark über die griechischen Gefängnisse. Wir weigern uns, bei diesem Spektakel mitzumachen.

Noch eine Ueberlegung: Die Verletzung der Menschenrechte in einem grossen Land ist nicht nur als schlechtes Beispiel für andere Länder besonders gefährlich, sondern auch deswegen, weil die Gewohnheit, die Menschenrechte im eigenen Land zu verletzen, sehr leicht auf die Beziehungen zu anderen Ländern übertragen werden kann.

Wenn es gelingen würde, selbst einen kleinen Erfolg im Kampf für die Menschenrechte in unserem Land zu erzielen, so würde das der Bestätigung der Menschenrechte in anderen Ländern mehr dienen als alle Deklarationen zu dieser Frage.

Wir haben nie gehört, dass man in einem anderen Land die Irrenhäuser als Mittel der politi-

## Der Samisdat

(Fortsetzung von Seite 1)

rische Beiträge repräsentiert, die insbesondere durch verschiedene Studenten-«Zeitungen» verbreitet wurden. Vor allem kamen so Gedichte im Umlauf (Beispiele davon lassen sich etwa in Mihajlo Mihajlovs «Moskauer Sommer 1964» finden).

Für den Umschwung zur «Frontstimmung» sorgten dann die Machthalber selbst, als die offizielle Presse Blitz und Donner gegen die nonkonformistischen Verfasser schleuderte und die Polizeiorgane sich für die vornehmlich jungen Dichter zu «interessieren» begannen. Weil die Einschüchterung indessen nicht stark genug war, um wieder das grosse Schweigen herbeizuführen, bewirkte sie Trotz und Kampf. Nunmehr tauchte im Samisdat die politische Note auf (sie konnte gar nicht umhin), die in der Folge immer deutlicher wurde. Das war ein ganz natürlicher Prozess. Wer immer ein freies Wort äusserte, geriet unausweichlich in Konflikt mit dem

schen Isolierung verwendet. Bei uns wird das praktiziert. Personen, die wegen öffentlich geäusselter Kritik der Gerichtsentscheide oder irgendwelcher Massnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Innen- oder Aussenpolitik verhaftet wurden, werden als unzurechnungsfähig erklärt und im Abwesenheitsverfahren abgeurteilt. Sie werden zur zwangsweisen Behandlung in psychiatrischen Kliniken allgemeinen Typs und in speziellen Gefängniskrankenhäusern verurteilt. Dabei ist die Behandlungsdauer in der Regel unbeschränkt.

Wir nennen hier einige Namen von Personen, die in der letzten Zeit so behandelt wurden: I. Jachimowitsch, gew. Kolchosevorsitzender; P. G. Grigorenko, gew. Generalmajor; W. Borisow, Arbeiter; W. Gerschuni, Arbeiter, früher Insasse der stalinschen Straflager; W. Nowodworskaja, Studentin; N. Gorbanewskaja, Dichterin (sie wurde von der gerichtsmedizinischen Expertise für unzurechnungsfähig erklärt, obwohl noch keine Gerichtsverhandlung stattgefunden hat).

Die Initiativegruppe möchte hiermit die Gelegenheit wahrnehmen, um die Echtheit der Notizen von P. G. Grigorenko zu bestätigen, die er während der Voruntersuchung (im Gefängnis in Taschkent und im Serbski-Institut für gerichtspsychiatrische Expertise) gemacht hatte und die er als «Kurze Chronik» bezeichnete.

\*

Wir haben fünfmal an die Kommission für Menschenrechte der UNO geschrieben. Die Kommission hat bis jetzt auf unsere Eingaben nicht reagiert. Vielleicht gibt es dafür Gründe, die uns unbekannt sind.

In diesem Brief haben wir versucht, zu zeigen, warum wir unsere Eingaben nicht als nutzlos betrachten.

Die Initiativegruppe zur Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR:

*T. Welikanowa; S. Kowalew; A. Lawut; L. Pljuschtsch; G. Podjapoljskij; T. Chodorowitsch; P. Jakir; A. Jakobson.*